HÜCKELHOVEN / WASSENBERG

Grüne beklagen „Zweiklassengesellschaft“

Dass die CDU beim Thema Klimaschutz aktiv wird, hat Ulrich Horst nur im ersten Moment erfreut. Kritik an der Verwaltung.

In dem Antrag der CDU ging es auch um die Begrünung von Dächern. ARCHIV-FOTO: DANIELA BUSCHKAMP

VON MARVIN WIBBEKE

HÜCKELHOVEN | „Es könnte alles so einfach sein – ist es aber nicht“. Diese Zeile, die Herbert Grönemeyer im Refrain des Liedes „Einfach sein“ von den Fantastischen Vier aus dem Jahre 2007 singt, lässt sich wunderbar auf die Vorkommnisse der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Klimaschutz und Mobilität der Stadt Hückelhoven beziehen.

Denn eigentlich ist allen Beteiligten in der Hückelhovener Kommunalpolitik klar, dass die ehemalige Zechenstadt in Sachen Klimaschutz noch einige Aufgaben vor der Brust hat. Insbesondere wenn

man bedenkt, dass der viel zitierte Klimaworkshop wegen der Corona-Pandemie lange Zeit nicht hatte stattfinden können und Entscheidungen mit Verweis darauf vor sich hergeschoben wurden. Doch in der Umsetzung hin zu den gemeinschaftlichen Zielen hapert es. Das hat die Sitzung in der vergangenen Woche einmal mehr bewiesen. Sie begann schleppend, schaukelte sich schnell und hitzig hoch und kühlte zum Ende hin merklich ab.

Alexander Kurth, seit dem vergangenen April Klimaschutz- und Mobilitätsmanager der Stadt, lieferte zu Beginn einen Sachstandsbericht zu seinen beiden Steckenpferden ab. Er umriss seine Aufgabenbereiche und versuchte, den anwesenden Ausschussmitgliedern seine tägliche Arbeit näherzubringen.

Der anschließend behandelte Antrag der Christdemokraten war es, der die Gemüter erhitzte und die Stimmen lauter werden ließ. Er behandelte die Umsetzung verschiedener Maßnahmen aus dem Klimaworkshop. Die Fraktion, so schreibt sie in dem Antrag, habe sich intensiv mit dem Ergebnis des zweiten Klimaworkshops beschäftigt und legte der Verwaltung nun Vorschläge für die einzelnen Handlungsfelder vor. Das Spektrum der von den Christdemokraten angesprochenen Bereiche ist vielfältig, so geht es unter andere um Photovoltaikanlagen auf Gewerbebauten, Dachbegrünung, LED-Straßenbeleuchtung und den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos. Man wolle die Bürger allerdings nicht gängeln und ihnen nichts vorschreiben, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Roland Müller. Die Stadt solle zudem stets das Heft des Handels in der Hand behalten.

Die CDU hatte sich breite Zustimmung der übrigen Fraktionen erhofft. Doch stattdessen gab es Gegenwind – ausgerechnet von den Grünen. Zwar habe er sich erst gefreut, dass die CDU sich mit den Themen Klimaschutz und Mobilität auseinandergesetzt habe. „Wir haben gedacht, die CDU hat gelernt, wie wichtig der Klimaschutz ist, doch sie hat nur das Recyceln unserer Anträge gelernt“, sagt der Stadtverordnete Ulrich Horst. Der CDU-Antrag sei zwar sehr umfangreich, an vielen Stellen aber zu unpräzise und gehe nicht weit genug. Teilweise seien auch Dinge „reingerührt“ worden, die gar nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt lägen.

„Als ich dann die Stellungnahme der Verwaltung las, ist mir der Atem gestockt. Diese Zweiklassengesellschaft bei der Beurteilung von Anträgen habe ich noch nie erlebt“, fuhr Horst fort. Er moniert, dass die Verwaltung zu den „Allgemeinplätzchen“ der CDU nur wenige Sätze schreibe, in denen der Antrag gelobt werde. Die drei Anträge der Grünen hingegen, die zu den Themen City-Tarif, Stadtbuslinie und Mobilitätskonzept gestellt wurden und nach Aussage von Horst sehr präzise und umfangreich seien, würden von der Verwaltung seziert und zerlegt und negativ und ablehnend betrachtet. „So können wir das Thema Klimaschutz nicht angehen, das ist nicht konstruktiv, das ist nicht parteiübergreifend“, bekräftigt Horst.

Unterstützung erhielt Horst von der SPD-Abgeordneten Manuela Lanik, die betonte, dass die meisten Punkte des CDU-Antrags bereits von SPD und Grünen eingebracht worden seien, aber stets auf Ablehnung stießen. Sie forderte daher, den CDU-Antrag abzulehnen. Dem kam der Ausschuss allerdings nicht nach. Während der CDU-Antrag ange-

nommen wurde, folgte der Ausschuss den Beschlussvorlagen und lehnte die Anträge der Grünen mit Gegenstimmen von Grünen und SPD ab.

INFO

Nächster Ausschuss am kommenden Donnerstag

Jugendhilfeausschuss Am Donnerstag, 3. März, kommt der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hückelhoven in der Aula zusammen. Die Sitzung beginnt um 18.30 Uhr. Unter anderem wird dann die Einrichtung einer Fachstelle zur Beratung bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg thematisiert.